

E-07 Dringlichkeitsantrag: Wir stehen an der Seite aller Demokrat*innen in der Türkei

Antragsteller*in: Claudia Roth (KV Augsburg)

Tagesordnungspunkt: E Zukunft Europa

1 Die neuen und verschärften Verhaftungen und Massentlassungen in der Türkei vergangene
2 Woche schockieren und besorgen uns zutiefst. Sie sind ein weiterer trauriger Höhepunkt der
3 seit längerem andauernden Aushöhlung von Rechtsstaat, Demokratie und gesellschaftlichem
4 Frieden in der Türkei durch Präsident Erdoğan und die türkische Regierung.

5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen fest an der Seite derjenigen in der Türkei, die für Demokratie,
6 Rechtsstaatlichkeit und Weltoffenheit eintreten. Wir kritisieren die jüngsten Verhaftungen
7 von Journalist*innen der Cumhuriyet und zahlreicher HDP-Abgeordneter inklusive der
8 Vorsitzenden dieser demokratischen Oppositionspartei aufs aller Schärfste. Auch die
9 Europäische Union und vor allem die Bundesregierung müssen das Vorgehen Erdoğan's endlich
10 klar kritisieren und darauf scharf reagieren.

11 Für uns GRÜNE ist die türkische Gesellschaft Teil der europäischen Gesellschaft. Die Türkei
12 und Europa verbindet viel mehr als uns trennt. Allein in Deutschland leben fast drei
13 Millionen türkeistämmige Menschen. Millionen Deutsche haben Freund*innen in der Türkei und
14 verbringen dort regelmäßig ihren Urlaub, 5,5 Millionen allein in 2015. Die gegenseitige
15 Berichterstattung ist intensiv und die wirtschaftlichen Beziehungen sind durch die Zollunion
16 tief verankert. Und auch in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft gibt es
17 zahlreiche und wertvolle Kooperationen. Die Wirtschaftsleistung sowohl der EU als auch der
18 Türkei hat in den vergangenen Jahrzehnten auch aufgrund der engen Beziehungen stark
19 zugenommen.

20 Aber diese Beziehungen zwischen der Türkei und der EU haben in den vergangenen Jahren
21 dramatisch gelitten. Immer weiter hat die Türkei in dieser Zeit den Pfad von
22 Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verlassen. Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan
23 beschneidet massiv Demokratie und Rechtsstaatlichkeit des Landes. Die Türkei unter Erdoğan
24 wandelt sich zur Diktatur. Auch für uns in Europa hat die Krise in der Türkei direkte
25 Auswirkungen.

26 In der ersten Novemberwoche 2016 erreichte die Repressionswelle gegenüber Andersdenkenden in
27 der Türkei eine neue Dimension: Insbesondere die Verhaftung von 13 Journalist*innen der
28 regierungskritischen Tageszeitung „Cumhuriyet“ in der Nacht vom 3. auf den 4. November 2016
29 stellt einen traurigen Höhepunkt für die seitens der türkischen Regierung betriebene
30 Aushebelung der Pressefreiheit dar. Die nur wenige Tage darauf erfolgte Verhaftung von elf
31 Abgeordneten der Oppositionspartei HDP, darunter der beiden Ko-Vorsitzenden Figen Yüksekdağ
32 und Selahattin Demirtaş, ist ein Schlag gegen den demokratischen und pluralistischen
33 Parlamentarismus in der Türkei, der religiösen und ethnischen Minderheiten eine Stimme und
34 gleichberechtigte Teilhabe gibt. Die demokratisch legitimierte AKP-Regierung schafft so die
35 Demokratie in der Türkei ab. Durch ein zunehmendes Aushebeln rechtsstaatlicher Strukturen
36 gibt es immer weniger eine unabhängige Justiz und freie Presse, die dieser Entwicklung nun
37 Einhalt bieten könnten. Die AKP-Regierung und Staatspräsident Erdoğan verwandeln die Politik
38 des Landes mehr und mehr in eine Willkür der Mehrheit gegenüber Minderheiten und kritischen
39 Stimmen.

40 Wir dürfen die gegenwärtige Stimmungsmache türkischer Regierungsmitglieder nicht
41 unbeantwortet lassen. Unsere Antworten werden deutlich, jedoch sachlich und konstruktiv
42 sein. Alle, die in Deutschland für oder gegen Erdoğan auf die Straße gehen, müssen ihre

43 Proteste friedlich gestalten. Die tiefe Spaltung der türkischen Gesellschaft darf aber nicht
44 das friedliche und tolerante Zusammenleben in Deutschland und Europa gefährden.

45 Für eine friedliche Lösung mit den Kurd*innen

46 Selahattin Demirtaş steht stellvertretend für viele andere für eine friedliche und
47 politische Lösung der Kurdenfrage in der Türkei. Wir Grüne haben die HDP bei den
48 Parlamentswahlen im Juni 2015 und November 2015 unterstützt. Sie hat es geschafft, ein
49 breites Bündnis progressiver und liberaler Kräfte in der Türkei, weit über das kurdische
50 Spektrum hinaus, hinter sich zu versammeln. Wir fordern die sofortige Freilassung von
51 Selahattin Demirtaş, Figen Yüksekdağ, aller festgenommenen HDP-Abgeordneten sowie der
52 festgenommenen Journalist*innen. Darüber hinaus muss es für alle Menschen, die im Nachgang
53 des gescheiterten Putschversuchs verhaftet, von ihren Arbeitsstellen entfernt oder in
54 anderer Form politisch verfolgt und sanktioniert wurden, sofort einen Zugang zu
55 rechtsstaatlichen Verfahren geben.

56 Seit dem Wahlerfolg der HDP bei den Parlamentswahlen im Juni 2015 und der Aufkündigung des
57 Friedensprozesses in den kurdischen Gebieten einen Monat später hat die Repression gegenüber
58 kritischen Stimmen massiv zugenommen. Die kurdischen Gebiete sind besonders stark davon
59 betroffen. Der Bürgerkrieg führte zur Zerstörung mehrerer Städte, wie der historischen
60 Altstadt von Diyarbakir. Mehrere hundert Menschen wurden getötet, hunderttausende Menschen
61 sahen keinen anderen Ausweg, als ihre Heimat zu verlassen. Präsident Erdoğan, dem die EU mit
62 dem Flüchtlings-Deal das Schicksal von über zwei Millionen Flüchtlingen überlässt, schafft
63 in seinem eigenen Land damit neue Fluchtursachen.

64 Klar ist, wir GRÜNE verurteilen jede Form der Gewalt und Eskalation im innertürkischen
65 Konflikt. Die PKK hat mit furchtbaren Terroranschlägen zur Eskalation beigetragen. Mit dem
66 Ausschalten der friedlichen Opposition und einer freien Medienberichterstattung in den
67 kurdischen Gebieten spielt Erdoğan jedoch der PKK in die Hände und trägt seinerseits zur
68 Eskalation bei. Es darf nicht zur Ausweitung des Bürgerkriegs auf andere Gegenden der Türkei
69 kommen. Beide Seiten müssen sofort die Waffen ruhen lassen und an den Verhandlungstisch
70 zurückkehren. Es kann nur eine friedliche und politische Lösung der Kurdenfrage geben.

71 Präsident Erdoğan wird mit seiner extrem repressiven Politik und seinem militärischen
72 Vorgehen gegen Kurd*innen zu einem Risikofaktor für die Türkei, für die ganze Region, und
73 auch für Europa. Mit seinen fragwürdigen Alleingängen in den Konflikten in Syrien und im
74 Irak verschärft er die äußerst angespannte Lage in der Region noch zusätzlich.

75 Gegen jeglichen Putsch in der Türkei

76 Wir verurteilen den Putschversuch in der Türkei vom Juli 2016 auf das Schärfste. Die Nacht
77 des 15. Juli war für viele Menschen in der Türkei ein traumatisches Erlebnis. Viele fühlten
78 sich an vergangene Staatsstriebe erinnert, denen jeweils eine dunkle Zeit geprägt von
79 massiven Menschenrechtsverletzungen folgte und die die demokratische Entwicklung des Landes
80 jeweils um viele Jahre zurückwarfen. Vor diesem Hintergrund ist anzuerkennen, wie viele
81 Menschen, quer durch alle Schichten und politischen Lager, sich den Putschisten mutig
82 entgegen stellten. Die Vereitelung des Militärputsches ist insgesamt eine demokratische
83 Leistung, für die den Menschen in der Türkei unser Respekt gebührt. Dabei kam es leider auch
84 zu Gewalt und gar Fällen von Lynchjustiz, die dringend rechtsstaatlich aufgearbeitet werden
85 müssen. Eine Militärdiktatur hätte schlimmste Folgen für das Land gehabt.

86 Es war jedoch eine fatale Entscheidung der Regierung in Ankara, mit einem zivilen Gegen-
87 Putsch darauf zu antworten. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung wird seitdem die
88 Repression massiv erhöht. An die 170 Presseorgane wurden in den letzten Wochen verboten. In
89 den Kurdengebieten ist eine kritische Berichterstattung heimischer Medien so gut wie nicht

90 mehr möglich. Hunderte kritische Journalist*innen, Publizist*innen und Literat*innen wie
91 Asli Erdoğan oder die Brüder Altan wurden mit dem Vorwurf der Unterstützung einer
92 terroristischen Vereinigung festgenommen und sitzen nun in Gefängnissen ohne jeden
93 Rechtsbeistand fest. Auch Schulen und Universitäten sind von der Repression betroffen.
94 Staatspräsident Erdoğan hat nun freien Zugriff auf die Ernennung von
95 Universitätspräsident*innen.

96 In der Türkei gibt es aktuell ein Klima der Angst. Jede und jeder, der Kritik an der
97 Regierung oder dem Staatspräsidenten äußert, ist in Gefahr, verhaftet zu werden. Unter dem
98 Vorwand der Terrorismusbekämpfung können mittlerweile regierungskritische Äußerungen
99 jeglicher Art zu einer Verhaftung oder Entlassung aus dem Staatsdienst führen. Den
100 Ausnahmezustand nutzt die türkische Regierung, um auch gegen Richter*innen und
101 Staatsanwält*innen vorzugehen. Eine sehr bedrohliche Entwicklung ist die Bewaffnung von
102 Funktionären und Parteikadern der AKP, die in Notsituationen auch die regulären
103 Sicherheitskräfte ersetzen sollen. Damit ist eine weitere Radikalisierung und Zunahme der
104 Gewalt in der Türkei zu befürchten.

105 Auch die Entwicklung der allgemeinen Menschenrechtslage ist besorgniserregend. Amnesty
106 International und Human Rights Watch liefern zutiefst beunruhigende Berichte über die
107 Rückkehr der überwunden geglaubten Folter in türkischen Gefängnissen. Die Zahl der
108 Selbstmorde in den Gefängnissen hat dramatisch zugenommen. Rechtliche Schutzmaßnahmen gegen
109 Folter wie der Zugang zu Rechtsschutz werden beschnitten.

110 Die Ankündigung Erdoğan, das Parlament über die Einführung der Todesstrafe abstimmen zu
111 lassen, verurteilen wir aufs Schärfste. Sollte es tatsächlich zur Wiedereinführung der
112 Todesstrafe kommen, muss das zu einem sofortigen Abbruch der EU-Beitrittsverhandlungen
113 führen. Auch die Mitgliedschaft im Europarat würde damit beendet werden müssen.

114 Leider hat die Bundesregierung viel zu lange weggeschaut und die massiven Missstände in der
115 Türkei ignoriert – und damit wichtige Einflussmöglichkeiten fahrlässig verspielt.

116 Es war ein riesiger Fehler der schwarz-gelben Koalition 2005, den damals hoffnungsvollen EU-
117 Beitrittsprozess durch die Debatte über eine „privilegierte Partnerschaft“ zu entwerten.
118 Damit wurden die demokratischen Entwicklungen in der Türkei ausgebremst statt gefördert,
119 demokratische und liberale Kräfte in der Türkei wurden enttäuscht statt ermuntert und die
120 Bundesregierung hat das wichtigste Instrument zur Einflussnahme geschwächt - den
121 Beitrittsprozess.

122 Die Bundesregierung muss jetzt entschieden handeln

123 Die Bundesregierung muss nun – im Einklang mit den europäischen Partner*innen – ein starkes
124 Signal an Ankara senden: Wir protestieren gegen die Abkehr von demokratischen und
125 rechtsstaatlichen Werten durch den EU-Beitrittskandidaten Türkei. Wenn wir in Deutschland und
126 der Europäischen Union jetzt nicht unsere Stimmen erheben, dann lassen wir nicht nur die
127 vielen mutigen Menschen in der Türkei, die weiterhin für ihre kritische Haltung offen
128 eintreten und damit sehr viel riskieren, im Stich. Wir beschädigen auch unsere
129 Glaubwürdigkeit als europäische Wertegemeinschaft.

130 Nach der Debatte über die „Privilegierte Partnerschaft“ ab 2005 war der Flüchtlings-Deal ein
131 weiterer Schlag ins Gesicht der Reformkräfte, und eine Unterstützung für den
132 Entdemokratisierungskurs Erdoğan. Das zögerliche Agieren der Bundesregierung sowie die
133 immer wiederkehrenden Drohungen von türkischer Seite gegenüber Europa belegen, wie
134 erpressbar sich die EU von Erdoğan gemacht hat. Das Abkommen mit der Türkei ist eine Folge
135 der Weigerung der EU, zu einer gemeinsamen solidarischen Lösung in der Flüchtlingskrise zu

136 kommen. Wir fordern daher eine eigenständige Antwort der EU auf die Flüchtlingsfrage. Diesen
137 EU-Türkei-Deal wollen wir beenden.

138 Die Türkei ist das größte Aufnahmeland von Flüchtlingen. Deshalb steht die EU in der
139 Pflicht, mit der Türkei in der Region zusammen zu arbeiten, um die Lage der 3,1 Millionen
140 Flüchtlinge zu verbessern, die sich aktuell in der Türkei befinden. Wir fordern die
141 umfassende humanitäre und politische Unterstützung der EU für die Geflüchteten in der
142 Türkei. Die EU muss auf die Einhaltung ihrer Menschenrechte bestehen, ausreichend
143 finanzielle Hilfe leisten und sicherstellen, dass diese bei den Geflüchteten ankommt und
144 deren Lage effektiv verbessert. Dies beinhaltet auch eine viel stärkere Unterstützung
145 Griechenlands bei der Erstaufnahme und Versorgung von Geflüchteten. Es kann nicht sein, dass
146 wir in der EU der AKP-Regierung die volle Verantwortung für die Geflüchteten überlassen und
147 uns so vor der eigenen Verantwortung in der Flüchtlingspolitik wegducken. Einer Regierung,
148 welche die Menschenrechte mit Füßen tritt und deren gnadenlose Politik gerade dafür sorgt,
149 dass in der Türkei selbst neue Fluchtgründe entstehen. Wir fordern ein sofortiges Beenden
150 aller Abschiebungen in die Türkei.

151 Bereits 1963 wurde den Türk*innen die Visafreiheit in Aussicht gestellt. Durch die
152 Verknüpfung der Visa-Freiheit mit dem Flüchtlings-Deal werden die Bürger*innen der Türkei zu
153 Geiseln der Allmachtspolitik von Präsident Erdoğan gemacht. Dabei ist es gerade jetzt
154 wichtig, den Austausch zwischen der türkischen und der europäischen Gesellschaft zu
155 intensivieren, mehr Kanäle zu öffnen sowie die Ausreise aus der Türkei zu ermöglichen und
156 gleichzeitig auf die Erfüllung der EU-Bedingungen - der Veränderung der Anti-Terrorgesetze
157 und der Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien - zu bestehen. Darüber hinaus fordern wir,
158 politisch Verfolgte aus der Türkei in Deutschland großzügig aufzunehmen.

159 Da in der Türkei momentan eine kritische Berichterstattung kaum mehr möglich ist, wollen wir
160 auch den Zugang zu Informationen aus Europa unterstützen. Dafür sollte die Unterstützung
161 türkischsprachiger Medien, wie die türkischsprachigen Programme der Deutschen Welle oder von
162 Euronews ausgebaut werden. Wir fordern, türkische Journalist*innen, die sich in Europa
163 aufhalten, mit besonderen Programmen zu fördern.

164 Präsident Erdoğan arbeitet inzwischen gegen den EU-Beitritt seines Landes, weil seine
165 politischen Ziele und die Werte Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und offene
166 Gesellschaften nicht miteinander kompatibel sind. Eine Mehrheit der türkischen Gesellschaft
167 möchte jedoch Demokratie und unterstützt den EU-Beitrittsprozess. Die EU-
168 Beitrittsverhandlungen jetzt komplett abzubrechen, würde das falsche Signal nach Ankara und
169 an die türkische Gesellschaft senden. De facto liegen die EU-Beitrittsverhandlungen bereits
170 auf Eis. Derzeit ist nicht vorstellbar, mit einer türkischen Regierung weiter zu verhandeln,
171 die auf allen Gebieten Rückschritte macht, wo es so dringend Fortschritte bräuchte. Dies zu
172 ändern, liegt bei der türkischen Regierung. Gleichzeitig dürfen wir aber auch nicht die
173 Falschen bestrafen. Die Zivilgesellschaft und die Opposition in der Türkei brauchen uns
174 jetzt mehr denn je. Für eine demokratische und weltoffene Türkei müssen die Türen zur EU
175 offen bleiben.

176 Der Abzug der Bundeswehr aus Incirlik ist überfällig, wir haben diesen Einsatz immer schon
177 kritisiert. Es ist außerdem inakzeptabel, dass erneut eine Besuchsanfrage eines
178 Bundestagsabgeordneten auf dem Gelände in Incirlik von der Türkei blockiert wird. Daneben
179 fordern wir den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte an die Türkei, solange die Türkei
180 Krieg gegen die eigene Zivilbevölkerung im Südosten des Landes führt.

Begründung

Begründung der Eilbedürftigkeit:

Am Freitag den 28. Oktober kündigte Präsident Erdogan an, das Parlament über die Todesstrafe abstimmen zu lassen, am Montag den 31. Oktober wurden in der Türkei 19 Mitarbeiter*innen der regierungskritischen Zeitung Cumhuriyet festgenommen, am Donnerstag, den 3. November nahm die türkische Polizei mehrere Abgeordnete der HDP fest, darunter deren Vorsitzende Figen Yüksekdağ und Selahattin Demirtaş und auch in den folgenden Tagen gab es weitere Festnahmen. Diese Eskalation der Lage in der Türkei mit einem Dreifach-Schlag gegen die Pressefreiheit und die Demokratie in der Türkei sowie gegen den EU-Annäherungsprozess lag nach dem offiziellen Antragsschluss und erfordert eine Neubewertung und entschiedenes Vorgehen.

Weitere Antragsteller*innen

Cem Özdemir (KV Stuttgart); Simone Peter (KV Saarbrücken); Luise Amtsberg (KV Kiel); Ska Keller (KV Spree-Neiße); Ali Yurttagül (KV Berlin-Mitte); Jamila Schäfer (KV München); Frithjof Schmidt (KV Bochum); Berivan Aymaz (KV Köln); Sara Nanni (KV Münster); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Toni Hofreiter (KV München Land); Rebecca Harms (KV Lüchow-Dannenberg); Omid Nouripour (KV Frankfurt/Main); Hasret Karacuban (KV Köln); Moritz Heuberger (KV Heidenheim); Anna Cavazzini (KV Friedrichshain Kreuzberg); Muhterem Aras (KV Stuttgart); Felix Deist (KV Essen); Stephan Bischoff (KV Magdeburg)